

Schwarzwälder Tageszeitung

Begründet
1877

„Aus den Tannen“

Zeitsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Ultenberg-Stadt. Allgemeines Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Wojungspreis: Wöchentlich 50 Goldmarken. Die Einzelnummer kostet 10 Goldmarken. Bei Nicht-Abnahme der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Vorkauf. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 12 Goldmarken, die halbspaltige 5 Goldmarken, je nach Lage innerhalb 3 Tagen. — Für telegraphisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 29.

Ultenberg, Montag den 4. Februar.

Jahrgang 1914

Wirtschaftliche Betrachtung.

Die Sachverständigenausschüsse, die von der Reparationskommission zum Studium der Wirtschafts- und Finanzlage Deutschlands eingesetzt worden sind, sind in Berlin an die Arbeit gegangen, um einem Problem zu Leibe zu gehen, um dessen Lösung sich die Welt seit fünf Jahren bemüht, bzw. dessen Lösung man am liebsten verhindern möchte. Wir wollen hoffen, daß die Reichsregierung den Herren ein umfangreiches Tatsachenmaterial zur Verfügung gestellt hat, denn wir haben ja nichts zu verschleiern und bei der Untersuchung nichts zu fürchten. Das Reichsfinanzministerium hat sich die Mühe gemacht, den Ausschüssen einen provisorischen Goldetat vorzulegen, der Voraussetzungen macht, die keineswegs bis dahin zutreffen. Man geht davon aus, daß besetztes und unbesetztes Gebiet wirtschaftlich wieder verbunden sind, man setzt voraus, daß die Verwaltungs- und Steuerhoheit des Reiches in den besetzten Gebieten wieder hergestellt ist. Sodann kommt man im ordentlichen Etat zu einem Ueberschuß von 192 Millionen. Treffen aber die Voraussetzungen nicht zu, so ergibt schon der ordentliche Haushalt einen Fehlbetrag von 950 Millionen Goldmarken. Aber auch wenn man die genannten Voraussetzungen als zutreffend in die Berechnung einsetzt, so wird der gesamte Haushalt über den Haufen geworfen durch den Sonderetat zur Ausführung des Friedensvertrages. Dann ergibt sich nämlich ein Defizit von 630 Millionen. Die absolute Höhe der Zahlen erscheint uns ansehnlich, vor allem sind u. E. die Ausgaben im ordentlichen Etat teilweise zu niedrig angesetzt. Interessant sind aber einige Vergleiche. So wirt das Reich für wirtschaftliche und kulturelle Zwecke die lächerliche Summe von 28 Millionen aus, während die Rheinlanolommission, also ein einziger Interalliiierter Behördenapparat 34 Millionen verschlingt, dazu kommen noch 18 Millionen für die übrigen interalliierten Kommissionen. Ein Hohn auf jede Finanzgebahrung und auf die wirtschaftliche Einsicht der Garanten des Friedensvertrages bedeutet es, wenn die Veranlagungskosten 360 Millionen Goldmarken betragen, also mehr als zehnmal soviel wie das ganze Deutsche Reich für seine kulturellen Zwecke ausgeben kann.

Wenn die Sachverständigenausschüsse hier nicht Reue schaffen und den Abbau der uneligen unproduktiven Lasten auf Grund des Versailler Vertrages empfehlen, so ist nicht einzusehen, wie der Haushalt ins Gleichgewicht und die Stabilität unserer Währung aufrecht erhalten werden kann. Gewiß, die Wirtschaftslage zeigt in einzelnen Gewerben eine leichte Besserung, aber noch immer zählt man die Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter auf mehr als vier Millionen. Glücklicherweise hält der Rückgang der Lebenshaltungskosten an, die Reichsindexziffer vom 28. Januar zeigt gegenüber der Vorwoche eine Abnahme von 1,9 Prozent.

Infolge unserer finanziellen Lage werden deshalb die Steuerbelastungen in diesem Jahre ungeheuerlich sein müssen. Das Kabinett hat hohen Beschluß gefaßt über die dritte Steuernotverordnung, womit nun die Uebergangsgesetzgebung auf dem Gebiet der Steuerpolitik abgeschlossen werden dürfte. Andererseits scheint die Reichsbahnverwaltung in Erwägung zu ziehen, in der nächsten Zeit eine Erhöhung der Personentaxe um 50—60 Prozent eintreten zu lassen. Daß bei einer solchen finanziellen Kollage des Reiches nicht mehr viel Geld für eine umfangreiche Sozialpolitik übrig bleibt, ist ohne weiteres einzusehen, und das war auch der Ton, auf den die Rede des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns in Tagen abgestimmt war. Allein der Bericht des Reichslohnrates zeigt, wie weit wir wirtschaftlich verelendet sind.

Rußland und die Westmächte.

Auf dem allrussischen Rätekongreß in Moskau hielt der Volkskommissar Kamenew eine Rede über die Tätigkeit der Sowjetregierung zur auswärtigen Politik. Er führte u. a. folgendes aus: Der charakteristische Zug der gegenwärtigen Lage sei, bei dem Bankrott des Versailler Friedens und angesichts der Unmöglichkeit, die europäische Wirtschaft in den Grundlagen wieder herzustellen, die sich verschärfenden Gegensätze zwischen den Siegern auszugleichen. Auf diesem Hintergrund beruht die Macht des Sowjetstaates, der weder mit den Siegern noch mit den Besiegten gemeinsame Sache macht. Die von den Sowjets verfolgte Politik

des Friedens, des Abwartens und der Geduld, die auf dem Bewußtsein beruht, daß der Wiederaufbau der Welt ohne die Mitarbeit der in der Sowjet-Union vereinigten 130 Millionen Menschen unmöglich ist, führte zu dem Ergebnis, daß in allen Ländern das Interesse an der wirtschaftlichen und politischen Mitarbeit mit den Sowjetrepubliken wächst.

Was England betrifft, hat die Sowjetregierung bereits erklärt, daß sie nach der Anerkennung bereit ist, in eine gemischte englisch-russische Kommission Vertreter zu entsenden, um die strittigen wirtschaftlichen Fragen zu lösen.

Der Kongreß begrüßte die Mitteilung Kamenews über den erfolgten Fortgang der russisch-italienischen Verhandlungen, über die Möglichkeit baldiger Unterzeichnung eines Vertrages und über die bevorstehende vollständige Anerkennung Sowjetrußlands durch die italienische Regierung beifällig.

Mit Bezug auf Frankreich erklärte Kamenew, daß die Befürchtung Frankreichs, in der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland hinter den anderen Alliierten zurückzubleiben, der wahre Grund für eine gewisse Schwächung der französischen Regierung gegenüber der Sowjetregierung sei. Die Sowjetregierung ist bereit, die wirtschaftlichen Fragen, deren Ungelöstheit für beide Teile schädlich ist, sachlich zu erörtern.

Auf Deutschland übergehend, bestätigte Kamenew, daß die Festigung freundschaftlicher Beziehungen und wirtschaftlicher Verbindungen mit Deutschland eine der Grundlagen der Politik der Sowjetregierung bleiben werde. Die Sowjetregierung konnte nicht an der Krise, die Deutschland im Oktober und November erschütterte, vorbeigehen. Eine Bewegung der französischen Truppen ins Innere Deutschlands würde die Grundlagen des internationalen Gleichgewichts erschüttern, auf dem sich die Sowjetrepublik aufbaue. Selbstverständlich hat die Sowjetregierung Vorbeugungsmaßnahmen ergriffen.

Kamenew faßte dann die Grundgedanken der auswärtigen Politik der Sowjetregierung folgendermaßen zusammen: Freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern, brüderliches Mitgefühl zu den unterdrückten Völkern, friedliche Beziehungen zu allen Völkern. Die Sowjetregierungen befinden sich bezüglich ihrer internationalen Lage an einem entscheidenden Zeitpunkt. Diejenigen, die denken, daß Sowjetrußland für die Anerkennung der jure bezahlten werde, trennen sich. Das ganze Land und alle Nationalitäten der Union werden sich wie ein Mann erheben, wenn irgend eine wahnwitzige Hand versuchen sollte, unseren wirtschaftlichen Aufbau zu stören. Das ausländische Kapital, das in Rußland arbeiten will, muß anerkennen, daß die Sowjetunion kein Objekt einer kolonialen Ausbeutung ist.

Neues vom Tage.

Die Arbeit des Reichskabinetts.

Berlin, 3. Febr. Das Reichskabinett trat am Freitag zu einer kurzen Sitzung zusammen. Es erledigte das Krankenversicherungsgesetz, das Schankflattengeld und die Weinsteuerfrage.

Der 100 Millionen-Kredit der Reichsbahn.

Berlin, 3. Febr. Nachdem durch die im Reichskabinett beschlossene Notverordnung die deutsche Reichseisenbahn als rechtlich selbständiges Unternehmen ermächtigt ist, auf ihr Vermögen Kredite aufzunehmen, sind die rechtlichen Voraussetzungen für das Zustandekommen des mit der Gemeinschaftsgruppe der deutschen Hypothekenbanken vorbereiteten Kreditvertrages über 100 Millionen Goldmarken erfüllt und dieser Kredit gesichert.

Der Arbeitsplan der Sachverständigen.

Berlin, 3. Febr. Für die nächste Zeit ist von dem 1. Sachverständigenausschuß folgender Arbeitsplan vorgegeben: In den Unterausschüssen wird das von der deutschen Regierung vorgelegte Material bearbeitet und die Fühlungnahme mit den deutschen Regierungsoberleitern und Sachverständigen aufrecht erhalten werden. Die beiden Kommissionen treten täglich einmal zu einer Sitzung zusammen, um das Material der Unterausschüsse zu prüfen und zu fassen.

Die 2. Sachverständigenkommission, die sich mit der Frage der Handelsstatistik beschäftigt hat, hörte Staatssekretär Fischer von der Kriegskostenkommission, Staatssekretär Trendelenburg vom Reichswirtschaftsamt und die Direktoren Behelmeit Nagemann und Sula vom

Statistischen Reichsamt. Im wesentlichen handelte es sich hierbei darum, Unterlagen dafür zu erhalten, nach welchen Gesichtspunkten die Handelsstatistik des Deutschen Reiches während der Inflation gehandhabt worden ist, um die hierbei erhaltenen Angaben entsprechend verwerten zu können. Bei der Befragung der Großbanken handelt es sich insbesondere um die Prüfung der auswärtigen Geschäftsbeziehungen nicht nur der Banken selbst, sondern auch der Kunden der Großbanken.

Amerikanischer Augenschein.

Berlin, 3. Febr. Der Vorsitzende des ersten Untersuchungsausschusses, General Dawes, stattete dem Leiter des Hauptbüros der amerikanischen Aenderprüfung und dem damit betrauten deutschen Hauptausführer einen Besuch ab. Nachdem über das amerikanische Hilfswerk ein Vortrag gehalten worden war, besichtigten die Herren das städtische Tagesheim für tuberkulose Kinder, in dem 250 an Anochen- und Gelenktuberkulose erkrankte Kinder einer Kurellstbehandlung unterzogen werden. Hiernach bot sich den Herren Gelegenheit, der amerikanischen Frühstückspeisung beizuwohnen, bei der die Kleinen täglich aus amerikanischen Mitteln frische Milch und Brötchen erhalten. Zuletzt besuchten die Herren eine Volksschule im Norden Berlins, um sich ein auf eigener Anschauung begründetes Bild von der Lage der Berliner Schulschuld zu machen.

Abwanderung aus dem Industriegebiet.

Düsseldorf, 3. Febr. Die sozialdemokratische Presse des Industriegebiets bringt folgende Mitteilung: Die Arbeitskrise im Ruhrbergbau dauert fort. Die Notlage der Bergarbeiter wächst mit der täglich größeren Umfang annehmenden Zahl der Freierschichten. Im Ruhrgebiet organisieren sich Erwerbslosentransporte, die in das unbefetzte Deutschland abgelassen werden, um dort Arbeit und Unterkunft zu finden. Eine erhebliche Anzahl von Erwerbslosen aus dem Duisburg-Mülheimer Revier befindet sich bereits im unbefetzten Deutschland. Ein Transport von 170 Köpfen ist dieser Tage von Dortmund abgelassen worden. Die Gemeinden unterliegen nach Möglichkeit das Befahren der ledigen Arbeiter, dem notleidenden Industriegebiet den Rücken zu kehren. Daneben macht sich eine Auswandererbewegung nach Südamerika stark bemerkbar. Die Zahl der Ausgewanderten geht bereits in die Tausende und setzt sich, was das bedauerlichste ist, in der Hauptsache aus Qualitätsarbeitern zusammen.

Die englische Zone noch blockiert.

London, 3. Febr. Wie aus Kreisen der englischen Befehlungsbehörde in Köln gemeldet wird, dauert die Blockade der englischen Zone durch die französisch-belgischen Regie trotz der wiederholt von englischer Seite erhobenen Vorstellungen immer noch an. Pakete aus Berlin brauchen durchschnittlich 3 Wochen, bis sie in Köln anlangen.

England und die anderen Nationen.

London, 3. Febr. Anlässlich eines Empfanges zu Ehren des neuen amerikanischen Gesandten Kellogg hat MacDonald das Wort ergriffen. Der Ministerpräsident erwähnte zu Eingang seiner Rede die Person des Präsidenten Wilson und gab dem Wunsch Ausdruck, daß der frühere Präsident am Leben bleibe. Hinsichtlich des Ruhrproblems erklärte MacDonald ganz allgemein, daß die Nationen noch nicht den Vorteil freundschaftlicher Beziehungen eingesehen hätten. Die Vereinigten Staaten und England dagegen wählten diese Vorteile wohl zu würdigen. Wir wünschen weder Bündnisverträge, noch sonstige Verträge. Die Stellung unserer beiden Länder macht den Abschluß von Verträgen überflüssig. Amerika und England sind entschlossen, zueinander zu stehen, nicht durch politische Abmachungen, sondern in der Sache der Menschheit und Freiheit.

Der frühere Unterstaatssekretär Mac Neill erklärte: MacDonald empfinde ebenfalls für Frankreich wärmste Freundschaft. Mac Neill hofft ernstlich, daß der Premierminister diese Freundschaft nicht nur durch einen Briefwechsel mit dem französischen Ministerpräsidenten beweise, sondern auch durch die Politik der englischen Regierung. In einem solchen Falle dürfte es der Unterführung der Konföderativen Partei sicher sein. Mac Neill fällt darauf allgemeine Urteile über die französische Politik. Er steht auf dem Standpunkt, daß die Politik Voicaires weder aggressiv (!), noch militärisch (!) sei. Frankreich habe weder den Wunsch, noch die Absicht, ein anderes Land anzugreifen. Doch besitze es mit Recht auf Garantien für seine eigene Sicherheit.

Die der russischen Regierung überreichte Note hebt hervor, daß die Anerkennung nach internationalem Recht juristisch alle zwischen Ländern vor der russischen Revolution abgeschlossenen Verträge in Kraft bringen wird, soweit sie nicht gekündigt oder sonstwie nicht juristisch erledigt worden sind.

Internationale Konvention über den Waffenhandel. Genf, 3. Febr. Am 4. Febr. wird hier die gemischte Abrüstungskommission des Völkerbundes zusammengetreten, um über den Inhalt einer internationalen Konvention über den Waffenhandel und die Herstellung von Kriegsmaterial durch die Privatindustrie zu beraten.

Wilson im Sterben. Paris, 2. Febr. Nach einer Botschaft aus Washington hat sich der Gesundheitszustand des ehemaligen Präsidenten Wilson erheblich verschlimmert.

Eine Meldung aus New York besagt: Die Ärzte haben Wilson mitgeteilt, daß seine letzte Stunde herangenaht sei. Ich bin bereit, war seine Antwort auf diese Eröffnung.

WTB. Washington, 3. Febr. Der ehemalige Präsident Wilson ist heute gestorben.

Aus Stadt und Land.

Allensteig, 4. Februar 1924.

Generalversammlung der Landw. Bezugs- und Abzugsgenossenschaft Regold und Umgebung. Die am Samstag in den Saal z. „Gr. Baum“ hier einberufene Generalversammlung, in welcher erneut zur Gründung der Bezugs- und Abzugsgenossenschaft Regold und Umgebung Stellung genommen werden sollte, war außerordentlich zahlreich besucht.

folks oder nicht. Vorstand und Ausschicht würde es unter den gegebenen Umständen ablehnen, allein die Verantwortung zu übernehmen. Derschmidt Kleiner Eßhaufen war der Ansicht, durch wesentliche Erhöhung des Geschäftskreis die Genossenschaft auf eine bessere finanzielle Grundlage stellen zu sollen, wozu sich jedoch die Versammlung aussprach.

Die Säuglingspflege in bildlicher Darstellung. Aus Anlaß des Säuglingspflegekurses b. f. den 10. und 11. Februar aus der Säuglingspflege im Jugendheim.

Falsche Reichsbanknoten über 2 Millionen Mark. Von den in letzter Zeit ausgegebenen Reichsbanknoten über zwei Millionen Mark mit dem Datum des 5. November 1923, die ihren Schutz in einem natürlichen Wasserzeichen und zwar entweder in einem Linienmuster mit dem Buchstaben G oder D oder einem Kugelmuster oder einem gitterartigen Muster mit dem häufig wiederkehrenden Buchstaben S tragen, sind Fälschungen aufgetaucht.

Alte Ankerfarnungen als wertvolle Jagdungsmitel. In den nächsten Tagen wird auf dem Verordnungswege die amtliche Gleichstellung der alten Ankerfarnungen mit den Rentenpflanzungen erfolgen.

Meldung zum freiwilligen Eintritt ins Heer. Zur Vermeidung von Zeitverlust und unnötiger Ausgaben für Eisenbahnfahrten usw. wird allen jungen Leuten, welche sich um Einstellung ins Heer bewerben wollen, dringend empfohlen, sich zunächst schriftlich unter Vorlegung der erforderlichen Papiere an den von ihnen gewünschten Truppenteil zu wenden.

Eutschädigungsansprüche der Inlanddeutschen. Auf Grund des § 55 des Liquidationsgesetzes wird die Frist zur Anmeldung von Eutschädigungsansprüchen bis zum 31. März 1924 begrenzt.

Das künftige Schöffengericht, das mit einem Richter und zwei Schöffen oder in verwickelten Sachen mit zwei Richtern und zwei Schöffen besetzt sein wird, hat mit dem bisherigen Schöffengericht nichts mehr als den Namen gemeinsam.

Freigabe des Milchverbands in Württemberg. Durch eine Verfügung des Ernährungsministeriums sind die bisher in Württemberg geltenden Bestimmungen über den Verkauf von Milchzeugnissen innerhalb Württembergs mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres außer Kraft gesetzt worden.

Die Entwicklung der Lebensmittelpreise. Die Mitteilungen des Württ. Stat. Landesamts bringen eine vergleichende Uebersicht über die Entwicklung der Lebensmittelpreise seit 17. Dezember bis 22. Januar. Darnach hat sich in der genannten Zeit der Preisrückgang weiter fortgesetzt.

Geschäftskosten und Gewinnhöhe im württembergischen Baugewerbe. Vom 1. Februar ab sind nach einer Bekanntmachung des staatlichen Preis- und Schiedsamtes für handwerksmäßige Arbeiten im Baugewerbe folgende Geschäftskosten einschließl. Umsatzsteuer als Zuschläge neu festgesetzt worden.

Der Begriff Herz ist im Leben schlecht angesehen, indem man darunter das Weiche, Weibliche, Sentimentale versteht und nicht das durch den Verstand richtig geleitete Gefühl.

Die Bauerngräfin.

Roman von Fr. Lehne.

32 (Nachdruck verboten.) Und jeden Tag mußte sie darüber nachdenken. Es war ihr so peinlich, ihn mit dem Vornamen und mit dem traulichen Wort „Du“ anzureden; aber nachdem sie seine Frau geworden, ging es nicht anders mehr.

abends aufhielten und lasen, um vor dem Personal ihre fremde Stellung zueinander nicht gar zu sehr zu betonen. „Würde es dir passen, Rosemarie, wenn ich dir für heute abend einen Tischgesellschaft mitbringe? Mein Freund, Hüsti Edringen, möchte gern mit uns zusammen sein.“

schöne Frauen durch Lachen verloren — ihr vertiefte es einen Reiz mehr. Wie entzückend und schlagfertig sie zu plaudern verstand, wie herzlich und einfach ihr Wesen! Es gab nur eine Stimme der Bewunderung für die junge Gräfin, die immer gleich liebenswert und anmutig war — sei es am Tage in ihrer weißen, leichten Sportkleidung oder am Abend in großer Gesellschaftstollette.

(Fortsetzung folgt.)



